

***Für ein starkes Deutschland
in einem starken Europa***

Zu den Positionen von CDU und SPD zur Europawahl



CDU



Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa

Zu den Positionen von CDU und SPD zur Europawahl

Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 stimmen die Bürger darüber ab, welche Richtung Europa künftig nehmen wird. Europa ist ein einmaliges Projekt des Friedens, der gemeinsamen Werte und des Wohlstands. Die Schuldenkrise hat gezeigt, dass solide Haushalte in allen Mitgliedstaaten die Grundlage für ein wettbewerbsfähiges und wirtschaftlich starkes Europa sind. Dies ist die Grundlage für gute Arbeitsplätze und Wohlstand. Als eine der größten Exportnationen wird es Deutschland auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch Europa gut geht. Die CDU bekennt sich zu dem eingeschlagenen Weg der Reformen in den Krisenstaaten. Die erzielten Erfolge in Spanien und Irland zeigen, dass diese Politik richtig ist. Europa braucht keine neue Richtung. Der eingeschlagene Kurs darf nicht verlassen werden.

Unser Ziel bleibt es, dass die Staaten Europas für ihre Schulden selbst haften. Sozialistische, sozialdemokratische und grüne Parteien verfolgen hingegen ein anderes Ziel. Sie wollen die Vergemeinschaftung von Schulden:

- Ende des vergangenen Jahres haben sich sozialdemokratische und grüne Abgeordnete im Europäischen Parlament bei einer namentlichen Abstimmung für einen Schuldentilgungsfonds ausgesprochen. In ihm sollen Staatsschulden gebündelt werden. In dem Beschluss heißt es, *„dass es eine stufenweise Überführung der übermäßigen Schulden in einen Schuldentilgungsfonds geben sollte, (...)“*.
- Die Grünen fordern ausdrücklich einen Altschuldentilgungsfonds: *„In einem Fonds werden die Altschulden, die 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts überschreiten, zusammengeführt, (...)“*
- Die Linkspartei spricht sich für die Schuldenvergemeinschaftung und eine direkte Finanzierung von Staaten durch die Europäische Zentralbank aus: *„Als einen ersten Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen. Um die Finanzspekulation gegen einzelne Euro-Mitgliedstaaten zu verhindern, fordern wir die Einführung gemeinsamer Staatsanleihen aller Euro-Staaten (Eurobonds)“*. Die Linkspartei fordert zusätzlich die Bestrafung Deutschlands für seine Erfolge und will *„Exportüberschüsse innerhalb der EU“* sanktionieren.

- Im Europamanifest 2014 der SPD in Nordrhein-Westfalen heißt es: *„Es müssen Mechanismen zur Schuldentilgung in der EU geschaffen werden, (...). Die Errichtung eines Fonds zur Schuldentilgung, der sich über gemeinschaftlich begebene und besicherte Anleihen finanziert, wäre ein solcher Mechanismus.“*
- Der Spitzenkandidat der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas, Martin Schulz, bekennt sich seit langem zur Vergemeinschaftung von Schulden. In seiner Rede auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 30.01.2012 sagte er: *„Wir wollen Eurobonds.“*
- Im Jahr 2013 bekannte Martin Schulz: *„Natürlich setzt die SPD andere Prioritäten als die Konservativen. Wir wollen einen Schuldentilgungsfonds in der Euro-Zone schaffen. (...) Ökonomisch wirkt ein Schuldentilgungsfonds genauso wie Euro-Bonds.“* (Handelsblatt, 07.03.2013).
- Auch nach der Bundestagswahl sah Martin Schulz die Notwendigkeit, die Schulden zu vergemeinschaften: *„Die SPD hat beispielsweise die Initiative ergriffen, einen Schuldentilgungsfonds auf europäischer Ebene aufzubauen. Das findet auf der Unionsseite nicht nur keinen Beifall, sondern offene Ablehnung.“* (MDR.de, 31.10.2013)

In der Tat: Die CDU lehnt eine Vergemeinschaftung von Schulden, die Einführung von Eurobonds oder die Einführung eines Schuldentilgungsfonds strikt ab.

Ein stabiler Euro stärkt die Wirtschaft und macht uns wettbewerbsfähiger. Die Union steht für eine starke und unabhängige Europäische Zentralbank. Deren Hauptaufgabe ist der Erhalt von stabilen Preisen.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hat im Sommer 2013 ein Wahlkampfmanifest herausgegeben, in dem diese Position abgelehnt wird. Dort heißt es: *„Price stability cannot be the only goal of the European Central Bank.“* Nach Auffassung der Sozialdemokraten sollen demnach stabile Preise künftig nicht mehr so wichtig sein. Eine solche Politik lehnen wir ab. Sie würde die stabile Entwicklung der Preise gefährden und Wohlstand mindern.

Der Bundeshaushalt 2015 wird ohne neue Schulden auskommen. Dies gab es zuletzt im Jahr 1969. Bereits 2012 und 2013 hatten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen zusammen Haushaltsüberschüsse zu verzeichnen. Das ist derzeit einzigartig in der EU. In den Jahren 2002 bis 2005 war Deutschland einer der größten Schuldenmacher in der EU. Gleichzeitig hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich die Aufweichung des Stabilitätspaktes vorangetrieben, was die Schuldenkrise begünstigte.

Der Spitzenkandidat der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, Martin Schulz, hat aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt. Er hat sich dafür ausgesprochen, Frankreich mehr Zeit zur Senkung seines Haushaltsdefizits zu geben. Gleichzeitig sprach sich Martin Schulz für die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts aus: *„Ich bin absolut dafür, dass man über die drei Prozent und die 60 Prozent (bei den Gesamtschulden) in einem sozialen Rahmen nachdenkt.“* (Reuters, 04.04.2014)

Die CDU hat hingegen dafür gekämpft, die Stabilität des Euro zu sichern und Europa dauerhaft zu einer Stabilitätsunion zu machen. Das Konzept „Hilfe nur gegen Reformen und Haushaltskonsolidierung“ ist erfolgreich. Die Wirtschaftslage in Europa verbessert sich.

Deutschland hat sich mit einer Vielzahl einschneidender Reformen vom kranken Mann zum Wachstumsmotor und Stabilitätsanker Europas entwickelt. Die CDU will, dass unser Land stark bleibt. Wir werden uns für die Interessen der Deutschen in Europa einsetzen.

Der Spitzenkandidat der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, Martin Schulz, distanziert sich von dieser Position. Er definiert seine Rolle in Europa so: *„Ich kandidiere nicht für die Bundesregierung und bin auch nicht der Botschafter Deutschlands in Brüssel.“* (Focus, 06.01.2014)

Stand: 9. April 2014